

## Schweiz

Wieso der baldige EU-Beitritt Kroatiens in der Schweiz keine grosse Begeisterung auslöst

SEITE 17

## Letzte

Noch 20 Vermisste: Im Wrack der «Costa Concordia» werden zwei weitere Leichen geborgen

SEITE 28

## Wirtschaft

Windkraft und Gas: Axpo-Chef Heinz Karrers Strategie nach dem Atomausstieg

SEITE 21



# Wieder kein Gehör für das Personal

**ZÜRICH.** Der Kantonsrat will keine personalrechtlichen Bestimmungen im neuen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz verankern. Anders als die Regierung empfiehlt er deshalb den Gegenvorschlag des VPOD zur Ablehnung. Das Volk entscheidet Mitte Juni.

ANNA WEPFER

Schon zum zweiten Mal hat gestern der Kantonsrat darüber beratschlagt, ob im neuen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) Regeln zum Schutz des Personals stehen sollen. Dies verlangt ein Gegenvorschlag der Gewerkschaft VPOD. Links-Grün ist mit ähnlichen Anträgen allerdings schon in der Debatte zum SPFG gescheitert.

Konkret fordern die Personalverbände, dass eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton und einem Listenspital immer auch mit Vorgaben zu

den Arbeitsbedingungen verbunden ist. So müsste das Spital nachweisen, dass es genügend und qualifiziertes Personal beschäftigt sowie orts- und branchenübliche Löhne zahlt. Im Minimum, so heisst es, müssten die Anstellungsbedingungen dem Personalrecht des Kantons entsprechen.

Erwartungsgemäss stellte sich die linke Ratsseite hinter diese Forderungen. «Gute Arbeitsbedingungen schaffen Zufriedenheit beim Personal. Davon profitieren auch die Patienten», sagte Erika Ziltener (SP, Zürich), Präsidentin der Schweizerischen Patientinnen-

Da das SPFG den Wettbewerb und damit den Kostendruck steigert, könnte das Personal mit dem neuen Regime unter die Räder kommen, befürchtet Kaspar Büttikofer (AL, Zürich): «Das Personal verursacht 70 Prozent der Betriebskosten, da liegt es auf der Hand, dass dort als Erstes gespart wird.»

## Gesetz mit drei Varianten

Doch an der Haltung von Mitte-Rechts gab es nichts mehr zu rütteln. Es sei Sache des Arbeit- und nicht des Gesetzgebers, dem Personal Sorge zu tragen, erklärte im Namen der FDP Urs Lauffer (Zürich). Auch BDP und EVP argumentierten in diese Richtung: Die Spitäler könnten im Moment gar nicht anders, als gute Arbeitsbedingungen zu bieten: «Der Arbeitsmarkt im Gesundheitswesen ist ausgetrocknet. Schlechte

Arbeitgeber finden da gar kein Personal», so Markus Schaaf (EVP, Zell). Und Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) prophezeite angesichts des Personalmangels gar steigende Löhne, wenn man den Markt spielen lasse. Gerade das Marktargument liess Heidi Bucher (Grüne, Zürich) aber nicht gelten. Schliesslich erhalten alle Listenspitäler Beiträge der öffentlichen Hand. «Es geht hier eben nicht um den freien Markt, sondern um ausgelagerten Service public», so Bucher.

Aber es blieb dabei: Mit 115 zu 54 Stimmen erteilte der Rat dem Gegenvorschlag eine Absage. Damit ist nun auch die Ausgangslage für den kommenden 17. Juni klar, wenn über das SPFG abgestimmt wird. Das Gesetz ist bereits seit Anfang Jahr in Kraft, weil es gleichzeitig mit den Fallpauschalen auf

Bundesebene eingeführt wurde. Die Abstimmung aber steht noch an. Zur Auswahl stehen drei Versionen. Die erste ist das vom Kantonsrat verabschiedete Gesetz. Dazu gibt es zweitens eine Variante, die einen Stützungsfonds für Spitäler in finanzieller Not vorsieht. Und drittens wird über den gewerkschaftlichen Gegenvorschlag abgestimmt.

Der Kantonsrat hat gestern seine Haltung nochmals bekräftigt: Er empfiehlt nur seine eigene Gesetzesversion zur Annahme. Die Regierung hingegen empfiehlt alle Varianten zur Annahme, bevorzugt aber das Gesetz mit Stützungsfonds. Alle drei Versionen seien besser als gar keine, betonte Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP). Denn fielen das SPFG ganz durch, entstünden dem Kanton Mehrkosten von 300 Millionen Franken.

## Hilfe für die Pflege zu Hause

**ZÜRICH.** Mehr als 80 Prozent der über 80-Jährigen im Kanton Zürich leben nicht in einem Alters- oder Pflegeheim, sondern in den eigenen vier Wänden. Das ist nur möglich, weil viele von ihnen von Angehörigen oder Bekannten gepflegt werden. Das Gleiche gilt für unzählige kranke Menschen, die dank privater Hilfe weiter zu Hause wohnen können. Das sei eine unterstützenswerte Sache, befand der Kantonsrat und hiess gestern sehr deutlich – mit 124 zu 38 Stimmen – ein Postulat der CVP gut. Dieses verlangt von der Regierung eine Auslegeordnung zur Frage, wie Anreize zur Förderung dieses Betreuungsmodells geschaffen werden können. Dies nicht nur, weil die Pflege zu Hause den Betroffenen zugutekommt, sondern weil sie auch die Kassen von Kanton und Gemeinden schont. Damit das auch so bleibt, will der Kanton den privaten Betreuern unter die Arme greifen – zum Beispiel mit Steuerabzügen für die Pflege oder mit Unterstützungs- und Beratungsangeboten durch Fachpersonen. Gegen das Postulat waren Grüne und GLP. (awe)

## AUSSERDEM IM RAT

## Für schnellere Renovationen

Der Kantonsrat hat mit 84 zu 80 Stimmen knapp ein Postulat von GLP und FDP überwiesen. Diesem zufolge muss die Regierung darlegen, wie sie Renovationen an den Kantonsspitalern vorantreiben will. Auslöser ist die veraltete Bausubstanz des Uni-Spitals und des Kantonsspitals Winterthur.

## Ärzte: Kein Blut- und Urintest

Mit 151 zu 15 Stimmen verwarf der Kantonsrat ein EVP-Postulat gegen den Alkohol- und Drogenkonsum bei Ärzten. Es verlangte, dass bei unerwarteten Todesfällen in Zürcher Spitälern der Arzt routinemässig einem Blut- und Urintest unterzogen wird. Auch Überraschungstests hätten zulässig werden sollen. Die Ratsmehrheit hielt die Massnahme aber für überflüssig.

## Neue Verwaltungsrichter

Mit je 131 von 155 Stimmen hat der Kantonsrat den Stadtzürcher Martin Kayser und Tamara Nüssle aus Egg (beide SP) zu Mitgliedern des Verwaltungsgerichts ernannt. Beide übernehmen ein 50-Prozent-Pensum. (awe)



Stäfa, vom See aus gesehen: Ein Uferweg würde hier durch die Grundstücke privater Eigentümer führen. Bild: rs

## Rat bremst das Projekt Seeuferweg

**ZÜRICH.** Für den Bau eines durchgehenden Wegs entlang des Zürichseeufers sollen Private vorerst nicht enteignet werden.

Wo genau ein künftiger Uferweg um den Zürichsee verlaufen könnte, ist derzeit noch offen. Klar ist aber, dass einer Spazierstrecke direkt am See in vielen Fällen über die Grundstücke von Anwohnern führen müsste. In der Debatte zu den beiden Seeuferweg-Initiativen von SP und EVP stand im letzten Sommer deshalb zur Diskussion, ob sich ein Weg unmittelbar am Ufer

durch Enteignungen erzwingen liesse. Die Mehrheit des Kantonsrats sprach sich damals in einem Gegenvorschlag gegen diese Massnahme aus.

Mit einem gestern für dringlich erklärten Postulat wollen die Bürgerlichen die Regierung an diesen Entscheid erinnern. Postulantin Carmen Walker-Späh (FDP, Zürich) zweifelt nämlich daran, dass diese sich an den Auftrag des Parlaments hält. Sowohl im Strassenbauprogramm 2012–2014 als auch in den Medien sei die Rede davon, dass bereits Seeuferwegabschnitte geplant würden, die nur mit Enteignungen realisierbar seien. Das Postulat, das

mit 82 Stimmen (nötig: 60) für dringlich erklärt wurde, verlangt einen vorläufigen Stopp all dieser Projekte. Erst wenn ein rechtsgültiger Beschluss zum Seeuferweg vorliege, soll die Planung weitergehen. Hierfür muss die Regierung auf der Basis des Gegenvorschlags eine Vorlage ausarbeiten. Vermutlich gibt es darüber eine Volksabstimmung.

Gegen die Dringlichkeit waren SP, Grüne, GLP und EVP. Monika Spring (SP, Zürich) tat den Vorstoss als «reine Stimmungsmache» ab. Der FDP gehe es nur darum, ihre Klientel am Zürichsee zu schützen. Die Regierung muss innert vier Wochen Stellung nehmen. (awe)

## SPLITTER & SPÄNE

Politische Entscheide sind eine ernsthafte Sache und wollen reiflich überlegt sein. Gerade die Ernsthaftigkeit aber könnte im Falle der Abstimmung zum Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz zu kurz kommen, befürchtet zum Beispiel **Willy Haderer** (SVP). Der Grund: Die Vorlage kommt mit mehreren Haupt- und Stichfragen vors Volk. «Ein absoluter Chabis», findet Haderer. Er vermutet, die vielen Feldchen auf dem Abstimmungszettel könnten die Stimmberechtigten so verunsichern, dass sie gegen die Empfehlung der SVP und für den Gegenvorschlag stimmen. Auch FDP-Mann **Urs Lauffer** sorgt sich um das Wohl der Bevölkerung: «Es scheint, als wolle der Kantonsrat das Leben der Stimmberechtigten möglichst kompliziert machen», sagte er. Das brachte bei Patientenschützerin **Erika Ziltener** (SP) das Fass zum Überlaufen. «Sie haben wohl Angst, dass Sie Ihre Vorlage nicht durchbringen», mutmasste sie und beschwichtigte: «Die Zürcher Stimmberechtigten sind auch für diese Abstimmung gescheit genug.» Dadurch fühlte sich wiederum Urs Lauffer provoziert. Er habe in keiner Weise die Klugheit des Stimmvolks in Frage gestellt, sondern allein jene des Kantonsrats. «Und die Debatte, die wir in den letzten zehn Minuten geführt haben, bestärkt mich in dieser Haltung», so der Gesundheitspolitiker.

Tatsächlich bewies Lauffers eigene Fraktion wenig später, dass er mit seiner Einschätzung so falsch nicht liegt. Sie stiftete nämlich Verwirrung, als es um die Frage ging, ob Personen, die ihre Angehörigen pflegen, mehr Unterstützung erhalten sollen. Der Regierungsrat wäre eigentlich bereit gewesen, ein entsprechendes Postulat diskussionslos entgegenzunehmen. Doch **Regine Sauter** (FDP) hat im Vorfeld Nichtüberweisung beantragt. Als sie diesen Antrag dann begründete, gab sie das Wort jedoch an Fraktionskollegin **Linda Camenisch** weiter. Und diese gab zur Überraschung aller zu Protokoll: «Die FDP unterstützt das Postulat.» Auf das parteiinterne Durcheinander angesprochen, erklärte Sauter, man habe im zweiten Anlauf beschlossen, den Vorstoss der CVP doch mitzutragen. Den Antrag auf Nichtüberweisung habe sie zu jenem Zeitpunkt aber nicht mehr zurückziehen können. (awe)